

Steigende Gewalt durch nordafrikanische Zuwanderer: Handlungsspielraum der Politik

Deutschland kämpft mit der Abschiebung krimineller Zuwanderer aus Marokko und Tunesien. Politische Blockaden behindern Lösungen.

Gewaltkriminalität auf dem Vormarsch

Die Berichterstattung über die steigende Gewaltkriminalität, insbesondere durch Migranten aus Nordafrika, hat in den letzten Monaten in Deutschland an Intensität gewonnen. Statistiken zeigen, dass die Anzahl der Straftaten, die von diesen Gruppen begangen werden, einen alarmierenden Anstieg verzeichnet.

Die Debatte um Rückführungen

Trotz der steigenden Kriminalitätsraten in Verbindung mit marokkanischen und tunesischen Zuwanderern bleibt die Frage der Abschiebungen ein kontroverses Thema. Im Jahr 2023 wurden lediglich 545 Individuen aus diesen Ländern abgeschoben, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang von fast 50 Prozent entspricht. Diese Zahlen werfen Fragen zur Effektivität des Asylsystems und der Fähigkeit deutscher Behörden, rechtliche Maßnahmen zur Rückführung zu ergreifen, auf.

Politische Reaktionen und Forderungen

Politiker verschiedenster Parteien fordern eine Neubewertung der Sicherheitslage in Nordafrika und deren Einordnung als

sichere Herkunftsländer. Besonders CDU-Innenpolitiker Philipp Amthor äußerte sich besorgt über die aktuelle Situation und fordert eine schnellere und konsequentere Abschiebep Praxis. Er argumentiert, dass es für Zuwanderer aus Ländern, die für viele Deutsche als beliebte Urlaubsziele gelten, nicht akzeptabel sei, als kriminelle Ausländer in Deutschland zu verbleiben.

Die Position der politischer Gruppen

Auch die FDP unterstützt die Idee, dass die nordafrikanischen Staaten nicht als unsicher für Rückkehrer gelten sollten. Generalsekretär Bijan Djir-Sarai wies darauf hin, dass die Sicherheitslage in Tunesien und Marokko keine gravierende Bedrohung für Zivilisten darstellt. Damit wird die Forderung nach konsequenten Rückführungen untermauert.

Widerspruch zu diesen Ansichten kommt von anderen politischen Akteuren, die besorgt sind, dass ein zu strenger Umgang mit Migranten und die Einstufung der Herkunftsländer als sicher negative Auswirkungen auf die Asylberechtigung haben könnte. Hier wiederum warnen Politiker wie Andrea Lindholz von der CSU vor den steigenden Kriminalitätsraten.

Regionale Initiativen und internationale Abkommen

Um das Problem anzugehen, wurde im August 2023 ein Abkommen zwischen der EU und Tunesien initiiert, welches wirtschaftliche Hilfe im Austausch für die Rücknahme von Migranten bietet. Des Weiteren wurde ein ähnliches Abkommen zwischen Deutschland und Marokko im Januar 2024 unterzeichnet, um die Rückführungen in der Zukunft zu erleichtern.

Trotz dieser Anstrengungen zeigen die aktuellen Zahlen eine besorgniserregende Entwicklung. Im ersten Quartal 2023 wurden nur 72 Personen nach Marokko und 50 nach Tunesien

abgeschoben.

Der Weg nach vorne

Die anhaltende Diskussion um die Kriminalität im Zusammenhang mit Migranten aus Nordafrika und die damit verbundenen politischen Debatten zeigen, wie komplex das Thema Asyl und Rückführungen in Deutschland ist. Während einige Politiker auf eine schnellere Einstufung der Herkunftsländer als sicher drängen, stehen andere dem kritisch gegenüber.

Die kommenden Monate könnten entscheidend dafür sein, wie Deutschland mit dieser Thematik umgeht, da die Ansichten und politischen Strategien weiterentwickelt werden müssen, um eine nachhaltige Lösung für zukünftige Herausforderungen zu finden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de